Nicht der Mensch, sondern der Staat

Ein Gespräch über Chinas Interpretation der Menschenrechte

Am 10. Dezember hat sich die Verkündung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ zum 75. Mal gejährt. Um den Menschenrechten eine völkerrechtlich verbindliche Form zu geben, verabschiedeten die Vereinten Nationen 1966 zwei Menschenrechtspakte: den UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) und den UN-Pakt über zivile und politische Rechte (Zivilpakt), die 1976 in Kraft traten. Beide Pakte hat auch die Volksrepublik China unterschrieben, aber auf die Ratifizierung des „Zivilpakts“ verzichtet. Wie es um die Wahrung der Menschenrechte in China, vor allem im nordwestchinesischen „Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang“, bestellt ist, erläutert im Gespräch mit dem „Sonntagsblatt“ der Sinologe Björn Alpermann.

? Herr Professor Alpermann, Chinas Präsident Xi Jinping – ein Diktator?
Ich bin der Meinung, wenn in der chinesischen Verfassung steht, dass China eine demokratische Diktatur des Volkes ist, dann kann man auch von demjenigen, der an der Spitze des Staates steht, als einem Diktator sprechen. Ob es für Diplomaten allerdings so klug ist, immer die größte verbale Keule auszupacken, sei dahingestellt. Man kann die Benutzung des Begriffs plausibel begründen.

? Mit einer Region im Nordwesten Chinas, wo die Menschenrechte vom chinesischen Staat verletzt werden, setzen Sie sich schon seit längerer Zeit auseinander: dem traditionell muslimisch geprägten Xinjiang. Die Geschichte Xinjiangs ist ja bewegt …
Während der Herrschaft der Qing-Dynastie, der letzten Kaiserdynastie, war Xinjiang zuerst eine Art Kolonie und wurde auch anders verwaltet als die innerchinesischen Provinzen. Der Kaiser herrschte dort indirekt und hat lokale Herrschaft nur bestätigt. Außerdem wurden in Xinjiang Soldaten in einigen Militärstützpunkten angesiedelt, die in einer Doppelfunktion auch als Arbeiter in der Landwirtschaft eingesetzt wurden, um sich selbst zu versorgen und die Grenzen zu sichern. Nach einem großen Aufstand im 19. Jahrhundert wurde Xinjiang dann in eine Provinz umgewandelt, um das Gebiet stärker in das Kaiserreich zu integrieren.

? Warum kam es zu diesen Konflikten?
In Xinjiang befinden wir uns kulturell in einer völlig anderen Welt. Es gehört zu Zentralasien, und die dort beheimatete Volksgruppe der Uiguren hat sehr enge Bezüge zu anderen turksprachigen Ethnien wie Kasachen und Kirgisen. Deren Verhältnis ist auch nicht frei von Reibungen, aber da sind die kulturellen Bezüge wesentlich stärker als zu den Han-Chinesen.

? Und wie ist es um die Religionsfreiheit in Xinjiang bestellt?
Echte Religionsfreiheit existiert nicht. Die Religionsfreiheit ist zwar als Grundrecht in der chinesischen Verfassung garantiert, und die Regierung rühmt sich, dass es in Xinjiang 24 000 Moscheen und damit pro Kopf mehr Moscheen als in vielen arabischen Ländern gibt. Aber wenn ich aus Angst, inhaftiert zu werden, die Moschee nicht besuchen kann, nutzt mir die Existenz der Moschee auch nichts.

? Wie lässt sich dieser Widerspruch erklären?
Die Religionsfreiheit steht wie alle Grundrechte in China unter dem Vorbehalt, dass die sozialistische Ordnung nicht gefährdet werden darf. Und im sozialistischen Rechtsverständnis sind Rechte auch immer mit Pflichten ausbalanciert. Das bedeutet, dass in China Religionsfreiheit auch das Recht umfasst, nicht zu glauben.

? Und das heißt?
Das wird so ausgelegt, dass Eltern auch nicht das Recht haben, ihre Kinder in einem bestimmten Glauben zu erziehen, weil sie ansonsten ihren Kindern das Recht, nicht zu glauben, absprechen würden. Das hat eine gewisse Logik, negiert aber auch das Recht auf Religion, weil mittlerweile sogar die kulturelle Weitergabe innerhalb der Familie kriminalisiert wird. In Schulen ist ohnehin schon lange keine religiöse Betätigung mehr erlaubt. Und da in Xinjiang sehr viele Internate aufgebaut werden, sind die Kinder dort in komplett religionsfreien Räumen, wo sie auch ihre Muttersprache nicht mehr sprechen können. Dort muss Mandarin, also Hochchinesisch, gesprochen werden. Auf diese Weise wird auch die kulturelle Weitergabe der Muttersprache ganz bewusst vom Staat unterbrochen.

? Die Sinisierung der Uiguren ist also das Ziel …
Die Sinisierung ist ganz klar das Ziel. Auf die Religionen bezogen wird der Begriff explizit verwendet. Das steht seit 2016 als Ziel des Staates fest, als Xi Jinping das auf einer Nationalen Arbeitskonferenz für Religionsfragen festgeschrieben hat. Bei den Minderheiten soll das chinesische Nationalbewusstsein gestärkt werden, damit ihre ethnischen Identitäten in einer einheitlichen chinesischen Nation aufgehen.

? Und wie hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in Xinjiang in den letzten Jahren entwickelt?
Seit 1949, als die Volksrepublik China gegründet wurde, sind Uiguren von ehemals 75 Prozent bis zum jetzigen Quasi-Gleichstand mit den Han-Chinesen sehr stark in die Minderheit gedrängt worden – laut der Volkszählung von 2020 leben in Xinjiang schon jetzt mehr Han-Chinesen als Uiguren, wenn man die kurzfristigen Migranten in die Bevölkerung mit einbezieht. Die Geburtenrate in der Region ist im Zuge der Unterdrückungskampagne von fast 16 Promille 2017, einer der höchsten Raten in ganz China, innerhalb von zwei Jahren auf acht Promille zurückgegangen, hat sich also fast halbiert. Inzwischen liegt sie mit 6,5 Promille deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

? Wie kam es dazu?
Das ist eine Folge mehrerer Maßnahmen: Es gab eine striktere Durchsetzung der Geburtenplanung inklusive Zwangssterilisierungen, es gab die Trennung von Ehepartnern durch Lagerhaft, und es gibt jetzt nach wie vor die Trennung von Familien durch Beschäftigungsprogramme. Das ist ein extremer Einbruch, und das zeigt sich auch im Vergleich zu anderen Minderheitengebieten, wo die Geburtenrate in der Regel leicht zurückgeht. Daran kann man erkennen, wie stark diese Maßnahmen gegriffen haben.

BJÖRN ALPERMANN

Der China-Experte Björn Alpermann hat seit Januar 2013 den Lehrstuhl für Contemporary Chinese Studies an der Universität Würzburg inne. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört neben den Auswirkungen der Globalisierung auf Chinas Städte auch die Region Xinjiang. Alpermanns 2021 erschienene und breit rezipierte Studie „Xinjiang: China und die Uiguren“ ist als Reaktion auf die repressive Minderheitenpolitik Chinas in Xinjiang entstanden.
Foto: Stefan W. Römmelt

? Könnte man das Ziel der chinesischen Xinjiang-Politik als Genozid bezeichnen?
Es gibt von juristischer Seite ganz unterschiedliche Einschätzungen des „Genozid“-Vorwurfs bezogen auf Xinjiang. Ich habe mich auf den Begriff des „kulturellen Genozids“ festgelegt, weil er meiner Meinung nach das Problem präziser trifft: Die chinesische Regierung zielt nicht darauf ab, Menschen umzubringen, sondern die Minderheiten von oben herab kulturell umzumodeln und einen kulturellen Wandel aufzuoktroyieren, um die Uiguren soweit wie möglich der von Han-Chinesen dominierten Mainstream-Gesellschaft anzupassen. Durch diese Politik der Assimilation geht so viel von der uigurischen Kultur verloren, dass ich von kulturellem Genozid spreche.

? In Tibet geschieht ja ähnliches …
Richtig, auch für Tibet diskutiert man den Begriff „kultureller Genozid“. In Tibet und anderen Regionen, auch solchen, die sich nicht durch Widerstand ausgezeichnet haben, ist der Assimilationsdruck deutlich gestiegen. Dieser wird durch die Internatspolitik noch einmal verschärft, unter der die Muttersprachlichkeit leidet, und durch andere Maßnahmen wie Arbeitsprogramme und Urbanisierung. Diese können einerseits von der Regierung als Entwicklungsmaßnahmen verkauft werden, haben andererseits aber eine uniforme chinesische Nation und damit den Verlust der ethnischen Eigenständigkeit der jeweiligen Minderheit zum Ziel.

? Sähe es in Xinjiang und Tibet möglicherweise anders aus, wenn China den 1966 von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Internationalen Pakt über zivile und bürgerliche Rechte“ (Zivilpakt) ratifiziert hätte, der unter anderem auch die Religionsfreiheit und den Schutz von Minderheiten umfasst?
Es wäre natürlich schön, wenn dies geschehen wäre, da man dann einen weiteren Hebel ansetzen könnte. Aber die chinesische Auffassung ist ohnehin: Was auch immer man an völkerrechtlichen Verträgen unterschreibt, ist erst dann wirksam, wenn es in nationales Recht und Gesetzgebung umgesetzt wird.

? Wenn es nicht in nationales Recht ausbuchstabiert wird …
… ist es nicht verbindlich. Richtig.

? Keine guten Perspektiven für die Menschenrechte.
Man hat die Menschenrechte in die chinesische Verfassung und auch in das Statut der Kommunistischen Partei Chinas aufgenommen und also immerhin akzeptiert, dass es so etwas wie Menschenrechte gibt. Aber China behält sich eben eine eigene Definition vor, die man auch international propagiert und damit mittlerweile erfolgreich ist. Xi Jinping hat im März eine globale Zivilisationsinitiative ausgerufen, die besagt: „Jede Zivilisation ist gleichberechtigt und hat ihre eigenen Standards.“ Das klingt ja erst einmal sehr gut. Aber deswegen gibt es auch nicht so etwas wie universelle Werte, denn jeder Staat kann selbst definieren, was konkret darunter zu verstehen ist.

? Das bedeutet?
Das heißt nichts anderes, als dass die Universalität der Menschenrechte ausgehöhlt wird und dass jede Art von Einspruch dagegen als imperialistische Einmischung abgekanzelt werden kann. Hier besteht die größte Herausforderung für die Welt und insbesondere die demokratischen Staaten meiner Meinung nach darin, dass China versucht, das eigene Verständnis der Menschenrechte auch global durchzusetzen. Damit wird uns die Legitimität genommen, uns überhaupt noch irgendwo für Menschenrechte einzusetzen.

? Das betrifft nicht nur die Religionsfreiheit …
Nein, das betrifft dann alle Menschenrechte. Letztendlich stärkt China dadurch eben nicht die Rechte der Menschen, sondern die Rechte von Staaten, wenn Regierungen festlegen, welche Rechte sie gewähren wollen, und welche nicht. Und das widerspricht komplett der Idee der Universalität der Menschenrechte, die ja Abwehrrechte gegenüber dem Staat beinhalten.

? Wie erklärt sich der Erfolg dieser chinesischen Interpretation der Menschenrechte im Globalen Süden?
Aktuell liegt das Momentum auf Seite Chinas, weil die Volksrepublik im Globalen Süden offene Türen einrennt. Das liegt auch daran, dass sich die Demokratien in den letzten Jahren schlecht verkauft und sich zum Teil eben doppelte Standards geleistet haben, worauf die Chinesen immer gerne verweisen. Ein Teil der Strategie müsste meiner Meinung nach sein, dass die demokratischen Staaten den eigenen Menschenrechtsstandards mehr gerecht werden – Stichwort Flüchtlinge und Seenotrettung auf dem Mittelmeer. Das sind Punkte, wo wir besser werden müssen, um dann auch mit größerer Legitimität auf die Einhaltung von Menschenrechten zu drängen.

Interview: Stefan W. Römmelt